

§. 23. Ergibt sich bei der ersten Abstimmung keine absolute Stimmenmehrheit, so findet die engere Wahl statt.

§. 24. Der gewählte Wahlmann muß sich über die Annahme der Wahl erklären. Eine Annahme unter Protest oder Vorbehalt gilt als Ablehnung und zieht eine Ersatzwahl nach sich.

§. 25. Das Protokoll wird von dem Wahlvorstande (§. 20.) unterzeichnet und sofort dem Wahl-Kommissair (§. 26.) für die Wahl der Abgeordneten eingereicht.

§. 26. Die Regierung ernennt den Wahl-Kommissair für jeden Wahlbezirk zur Wahl der Abgeordneten und bestimmt den Wahlort.

§. 27. Der Wahl-Kommissair beruft die Wahlmänner mittelst schriftlicher Einladung zur Wahl der Abgeordneten. Er hat die Verhandlungen über die Urwahlen nach den Vorschriften dieser Verordnung zu prüfen, und wenn er einzelne Wahllacte für ungültig erachten sollte, der Versammlung der Wahlmänner sein Bedenken zur endgültigen Entscheidung vorzutragen. Nach Ausschließung derjenigen Wahlmänner, deren Wahl für ungültig erkannt ist, schreitet die Versammlung sofort zu dem eigentlichen Wahlgeschäfte. — Außer der vorgedachten Erörterung und Entscheidung über die etwa gegen einzelne Wahllacte erhobenen Bedenken dürfen in der Versammlung keine Diskussionen stattfinden, noch Beschlüsse gefaßt werden.

§. 28. Der Tag der Wahl der Abgeordneten ist von dem Minister des Innern festzusetzen.

§. 29. Zum Abgeordneten ist jeder Preuße wählbar, der das dreißigste Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren hat und bereits ein Jahr lang dem preussischen Staats-Verbande angehört.

§. 30. Die Wahlen der Abgeordneten erfolgen durch Stimmgebung zu Protokoll. — Der Protokollführer und die Beisitzer werden von den Wahlmännern auf den Vorschlag des Wahl-Kommissairs gewählt und bilden mit diesem den Wahl-Vorstand. — Die Wahlen erfolgen nach absoluter Stimmenmehrheit. Wahlstimmen unter Protest oder Vorbehalt abgegeben, sind ungültig. — Ergiebt sich bei der ersten Abstimmung keine absolute Mehrheit, so wird zu einer engeren Wahl geschritten.

§. 21. Der gewählte Abgeordnete muß sich über die Annahme oder Ablehnung der auf ihn gefallenen Wahl gegen den Wahl-Kommissarius erklären. Eine Annahme-Erklärung unter Protest oder Vorbehalt gilt als Ablehnung, und hat eine neue Wahl zur Folge.

§. 32. Die zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen näheren Bestimmungen hat Unser Staats-Ministerium in einem zu erlassenden Reglement zu treffen.

Urkundlich unter Unserer Höchstseigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel. —

Gegeben Sanssouci, den 30. Mai 1849.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(gegenez.) Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha. v. der Heydt. v. Rabe. Simons.

V e r z e i c h n i s s

der in den einzelnen Regierungs-Bezirken zu wählenden Anzahl von Abgeordneten zur zweiten Kammer.

Königsberg 18, Gumbinnen 14, Danzig 9, Marienwerder 13, Posen 20, Bromberg 10, Stadt Berlin 9, Potsdam 18, Frankfurt 18, Stettin 12, Köslin 9, Stralsund 4, Breslau 25, Oppeln 21, Liegnitz 20, Magdeburg 15, Merseburg 16, Erfurt 7, Münster 9, Minden 10, Arnberg 12, Köln 11, Düsseldorf 19, Koblenz 11, Trier 11, Aachen 9. Zusammen 350.

Verordnung über den Termin zur Wahl für die zweite Kammer und die Einberufung beider Kammern.

Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preußen u. verordnen auf Antrag Unseres Staats-Ministeriums was folgt:

Art. 1. Die Urwähler für die zweite Kammer haben sich am 17. Juli d. J. zur Wahl der Wahlmänner zu versammeln.

Art. 2. Die Kammern werden auf den 7. August d. Jrs. zusammenberufen.

Art. 3. Unser Staatsministerium wird mit der Ausführung der gegenwärtigen Verordnung beauftragt. Urkundlich Unserer Höchstseigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel. Gegeben zu Sanssouci, den 31. Mai 1849.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(gegenez.) Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha. v. d. Heydt. v. Rabe. Simons.

§ Berlin, 1. Juni. In Folge eines ministeriellen Erlasses vom 30. Mai sind sämtliche in dem Großherzogthum Baden und der Pfalz erscheinende politische Zeitschriften im Gebiete der preussischen Monarchie verboten.

*** Frankfurt, 31. Mai.** Der Erzherzog Reichsverweser hat entschieden abgelehnt, nach dem Verlangen der preuss. Regierung sein Amt niederzulegen. — Bei Mittheilung der berliner ministeriellen Depeschen antwortete derselbe dem Bevollmächtigten Preußens bei der Centralgewalt Folgendes:

„Er gehe deshalb nicht auf das Ersuchen Preußens in Betreff der Uebertragung der Oberleitung der deutschen Angelegenheiten ein, weil eine solche Uebertragung nicht durch unberechtigte und für Niemand verbindliche Handlungen ihres jetzigen Inhabers, sondern nur durch gesetzlichen Vorgang geschehen könne. Er könne nicht erwarten, daß Preußen in einer einzelnen Angelegenheit sich an die Stelle einer Gewalt setzen würde, für deren Uebertragung im Ganzen die Einwilligung aller Betheiligten fehle. Die Fortführung der dänischen Angelegenheit durch die Centralgewalt werde keine so unglücklichen Folgen nach sich ziehen, wie ein erklärter Bundesbruch Preußens (Art. IX der Bundesacte); durch Preußens Verfahren allein werde die Führung der dänischen Angelegenheit schwankend. Und wenn Preußen den General Prittwitz eigenmächtig inskribirt habe, so gibt der Erzherzog zu bedenken, daß Prittwitz als Befehlshaber der deutschen Armee in Schleswig-Holstein in der Pflicht des Reichs stehe. In der Voraussetzung, daß die jetzige Centralgewalt bald aufhöre und die dänische Angelegenheit auf anderem als factischem Wege in Preußens Hände übergehe, würde es dem Erzherzoge schwer fallen, vorher noch durch öffentliche Verwahrung der Rechte der Gesamtheit und seiner eigenen Würde, sowie durch Verantwortlichkeitserklärung Preußens für sein früheres und jetziges Verhalten die Zerwürfnisse noch zu vermehren. Hierauf forderte der Bevollmächtigte Preußens den Erzherzog Namens der preussischen Regierung auf, sofort sein Amt in die Hände Preußens niederzulegen. Ein entschiedenes „Nein“ war die Antwort darauf.“

Frankfurt, 1. Juni. (S. D. P. 3.) Nachstehende offizielle Antwort wird uns zur Veröffentlichung nachträglich mitgetheilt:

An den Königl. Preuß. interimistischen Bevollmächtigten, Herrn Legationsrath v. Kamptz dahier.

Auf die dem Reichsverweser heute mitgetheilten telegraphischen Depeschen von Berlin vom 18. und 23. d. M. habe ich von Seiner kaiserlichen Hoheit den ausdrücklichen Befehl erhalten, zu erwidern: „Daß Se. kaiserl. Hoheit der Reichsverweser, wie bekannt, längst entschlossen ist, das ihm anvertraute Amt niederzulegen, daß Er aber bei der Bestimmung des Zeitpunktes, wann es geschehen werde, lediglich das Interesse Deutschlands consultiren und keiner Macht der Erde das Recht zugesteh, Ihn von dem Ihm anvertrauten Posten zu verdrängen.“

Frankfurt, den 24. Mai 1849.

Der Reichsminister des Innern: (gez.) Grävell.

— 1. Juni. Gestern Morgen ist die Familie des Reichsverwesers von hier abgereist, wie es heißt nach Tyrol. — Die Mecklenburger Truppen sind bereits vorgestern in Begleitung des Prinzen Wilhelm von Mecklenburg hier eingetroffen.

— 1. Juni. Der Gesamtvorstand der deutschen Reichsversammlung hat folgende Aufforderung erlassen:

„Die constituirende deutsche Nationalversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, ihre nächste Sitzung in Stuttgart abzuhalten. In Folge dieses Beschlusses werden die abwesenden Mitglieder der Versammlung, so wie die Stellvertreter der ausgeschiedenen Deputirten hiermit aufgefordert, am 4. Juni in Stuttgart sich einzufinden und beim Einweisungsbureau, Hotel Marquard, auf Grund ihres Legitimationsnachweises sich einzzeichnen zu lassen.“

Frankfurt, den 30. Mai 1849.

Der Gesamtvorstand der deutschen Nationalversammlung.

Die Präsidenten: Löwe. Eisenstuck.

Die Schriftführer: Feger. Reinstein. Köbler.

Frankfurt, 31. Mai. Das Bureau der nach Stuttgart auswandernden Nationalversammlung hat bereits Hand angelegt, um den gestern gefaßten Beschluß zur Ausführung zu bringen. Wie man aber vernimmt, geschieht es mit schwerem Herzen, und allerdings ist es eine trostlose Arbeit für das Bureau, der Nationalversammlung ihr Grab vorzubereiten. Es mag namentlich Löwe aus Kalbe, der nach Reich's ehrenhaftem Rücktritt den Vorstoß zu übernehmen hatte, kein frohes Gefühl sein, einen Beschluß zur Ausführung zu bringen, den er im Klub bekämpft hatte.

Personen, welche gestern Abend von Worms eingetroffen, melden, daß die dortigen Bewohner die heftigsten Truppen mit Freuden begrüßt haben. Da aber die, sicher unnötige Besorgniß vorherrscht, Worms werde nochmals von den Freischülern angegriffen, so sollen viele Familien die Stadt verlassen.

Die Deutsche Zeitung sagt: Zu dem gestrigen Beschluß wurde die Reichsversammlung durch die Absicht getrieben, mit der provisorischen Centralgewalt zu brechen, da sie das jetzige Reichsministerium nicht mehr neben sich dulden kann und zu Thaten schreiten zu müssen glaubt. Mit dem Beschlusse, ihren Sitz von hier zu verlegen, spricht sie indeß ihr Todesurtheil aus und sie wird in Stuttgart nicht lange existiren. Die Reichsversammlung möchte mit der provisorischen Centralgewalt stehen, wie sie wollte, sie wurde bis zu diesem Augenblick von der Centralgewalt in offizieller Anerkennung den rentirenden Regierungen gegenüber getragen, und das war von hoher Bedeutung. Das wird sich natürlich nun ändern. Die provisorische Centralgewalt wird mit der von ihr ohne Noth entweichenden Reichsversammlung in keinen antilichen Verkehr mehr treten und die Central-Regierung so lange fortsetzen, als es möglich ist.

— Ein Extrablatt der Frankf. Ztg. theilt über einen Kampf bei